

Sprechnotiz

„Nein zur Masseneinwanderungsinitiative“

Medienkonferenz vom 16. Januar 2014

Staatsrat Pascal Broulis

Vorsteher des Departements für Finanzen und Aussenbeziehungen (VD)

Sehr geehrte Damen und Herren

Nebst den Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, die mein Vorredner angesprochen hat, werden in Zusammenhang mit der Zuwanderung immer wieder negative Auswirkungen der Personenfreizügigkeit genannt wie der angespannte Wohnungsmarkt und überteuerte Mieten oder die Überlastung der Verkehrsinfrastruktur. In diesen Bereichen stehen wir tatsächlich vor Herausforderungen. Doch diese Herausforderungen sind nicht alleine auf die Zuwanderung zurückzuführen, sondern sind mit der Personenfreizügigkeit lediglich verstärkt worden.

Im Bereich des Wohnungsmarktes sind es vor allem gesellschaftliche Trends, die dazu beitragen, dass die Wohnfläche knapper wird: Seit den 80er Jahren ist der Wohnflächenkonsum von 35m² auf 48m² pro Kopf gestiegen. Gleichzeitig hat die Haushaltgröße abgenommen. In den 70er Jahren lebten durchschnittlich drei Personen gemeinsam in einer Wohnung, heute sind es noch etwa 2,2. Auch ohne Zuwanderungswachstum hätte die Zahl der Wohnungen also um rund 50 Prozent erhöht werden müssen, um die Nachfrage zu befriedigen.

Ein weiterer Trend ist, in städtischen Zentren zu wohnen. Während in den 80er Jahren von Stadtflucht die Rede war, verzeichnen die Städte seit der Jahrtausendwende Bevölkerungszuwächse. Die Nachfrage nach Wohnraum konzentriert sich daher auf Gebiete mit knappen Baulandreserven wie eben die urbanen Gegenden. Die Leerwohnungsquote liegt entsprechend in den Kantonen Zürich, Luzern, Zug, Waadt und Genf sowie in den beiden Basel deutlich unter dem gesamtschweizerischen Mittel. In den Kantonen Solothurn, Aargau, Thurgau, St. Gallen und Jura hingegen ist sie deutlich darüber.

Die Kantone und Städte mit angespannten Wohnungsmärkten haben bereits Massnahmen ergriffen, um allen Bevölkerungsschichten gute und bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Beispielsweise unterstützen verschiedenen Kantone den Bau von Wohnungen mit zinsgünstigen Darlehen. Ausserdem fördert der Bund im Rahmen des Wohnraumförderungsgesetzes den gemeinnützigen Wohnungsbau.

Auch die hohe Belastung der Verkehrsinfrastruktur ist weniger auf die Zuwanderung zurückzuführen als auf die steigende berufliche Mobilität und auf das veränderte Freizeitverhalten. Die Zuwanderung beschleunigt diesen Prozess nur. 2010 sind die Personenkilometer mit privaten Motorfahrzeugen gegenüber 2002 um 7,9 Prozent auf 90,7 Milliarden angewachsen. Beim öffentlichen Verkehr gar um 29,8 Prozent auf 23,6 Milliarden. Bemerkenswert ist ausserdem, dass der Freizeitverkehr mit einem Distanzanteil von 40 Prozent deutlich über jenem des Arbeitsverkehrs von 24 Prozent liegt.

Ohne den nötigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur können die gestiegenen Mobilitätsansprüche nicht befriedigt werden. Die Politik diskutiert bereits intensiv über Lösungen.

Ich möchte festhalten, dass der Kanton Waadt nebst dem Kanton Genf, dem Bundesamt für Verkehr und den SBB am Projekt *Léman 2030* teilnimmt. Dieses Projekt umfasst sämtliche Projekte auf dem SBB-Netz des Genferseebogens. Es zielt darauf, der stark steigenden Nachfrage zu begegnen und soll bis 2025 eine Verdoppelung der Sitzplatzkapazitäten in den Zügen zwischen Lausanne und Genf sowie eine substantielle Erhöhung des Taktes auf den S-Bahnen Waadt und Frankreich-Genf-Waadt ermöglichen.

Ich erinnere Sie bei dieser Gelegenheit daran, dass die Stimmbevölkerung am 9. Februar auch über die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur abstimmen wird. Und wir müssen uns irgendwann die Frage stellen, wie wir unsere zunehmenden Mobilitätsansprüche zukünftig finanzieren wollen.

Auf diese Herausforderungen und Fragen bietet die Masseneinwanderungsinitiative keine Antworten, sondern nur Polemik. Vielmehr müssen auf dem Weg, den wir eingeschlagen haben, weiter konkrete Lösungen gesucht werden.

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit hat die Zuwanderung kontinuierlich zugenommen: 2012 waren es rund 72'000 Personen. Das kann und will ich nicht wegdiskutieren. Die Zuwanderung hat sich, wie meine Kollegin dargelegt hat, an der Wirtschaft orientiert. Die Nachfrage wird aufgrund der Konjunkturprognosen weiterhin steigen. Auch ein Kontingentsystem, wie es die Initiative fordert, wird sich am Bedarf der Wirtschaft orientieren. Ich zitiere: „Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente (...) sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz (...) auszurichten“. Oder kurz gefasst: die Arbeitskräfte werden ohnehin kommen. Einzig mit dem Unterschied, dass der Rekrutierungsaufwand und die Rekrutierungskosten für Unternehmen sowie der Mehraufwand für die Arbeitsmarkt- und Migrationsbehörden steigen werden.

Kann die Schweizer Wirtschaft aufgrund der umständlichen Bewilligungsverfahren nicht mehr genügend qualifizierte Arbeitskräfte rekrutieren, riskiert die Schweiz ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Standortattraktivität zu verlieren. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative würde der Wirtschaft schaden und letztendlich den Wohlstand der Schweiz gefährden.

Die Kantone lehnen deshalb die Masseneinwanderungsinitiative ab: Sie sind überzeugt, dass sich das Schweizer Modell bewährt hat. Es kann verbessert werden und die Kantone setzen sich dafür ein. Aber es darf nicht kaputt gemacht werden.